

LANDEARBEITSGEMEINSCHAFT SOZIALE BRENNPUNKTE HESSEN E.V.

BURCKHARDTHAUS - EVANG. INSTITUT FÜR JUGEND- UND SOZIALARBEIT E.V.

**RECHTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN DER KINDER-, JUGEND- UND
GEMEINWESENARBEIT IN HESSISCHEN SOZIALEN BRENNPUNKTEN**

19. - 21. MÄRZ 1993

- TAGUNGSDOKUMENTATION -

Die vorliegende Dokumentation gibt die Beiträge und Diskussionen auf der von der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. in Kooperation mit dem Burckhardthaus, Gelnhausen vom 19. - 21.03.1993 durchgeführten Tagung "Rechtliche Rahmenbedingungen der Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in hessischen Sozialen Brennpunkten" wieder. Die im Rahmen der Tagung erarbeiteten Bilanz- und Perspektivpapiere sowie die hierfür zugrunde liegenden Beschreibungen der Siedlungsentwicklungen sind ebenfalls dokumentiert.

Wir danken allen an der Tagung Beteiligten für ihr Engagement bei der Diskussion und der Zurverfügungstellung ihrer Arbeitsmaterialien. Susanne Elsen und Wolfgang Krebs vom Burckhardthaus danken wir für die Moderation, den Kolleginnen und Kollegen aus Gießen für die Präsentation der Entwicklungsgeschichte in den dortigen Sozialen Brennpunkten. Ein besonderer Dank gilt Sabine Kalinock, die die Tipparbeiten und die Zusammenstellung der Tagungsdokumentation übernommen hat.

Lothar Stock

Inhalt:

Herr Altenhofen (HMFAS):	Kleiner Rückblick aus der Sicht des Fachministeriums	S. 3
Barbara Böcher (LJA):	Entwicklungsperspektiven der Arbeit in Sozialen Brennpunkten aus der Sicht des Landesjugendamtes	S. 6
Jürgen Maier (LAG):	Inhalte und Rahmenbedingungen der Gemeinwesenarbeit: Perspektiven, Visionen, Strategien (Protokoll)	S. 11
Bilanz und Perspektiven:	Ergebnisse der Arbeitsgruppen	S. 17
Entwicklungsphasen der einzelnen Siedlungen		S. 31

Hrsg.: Landesarbeitsgemeinschaft (LAG)
Soziale Brennpunkte Hessen e.V.
Moselstr. 25, 60329 Frankfurt/M.

V.i.S.d.P.: Lothar Stock

Frankfurt, Juli 1993

Herr Altenhofen (HMFAS): Kleiner Rückblick aus der Sicht des Fachministeriums

Der Erlaß ist am 9.1.1973 unterschrieben worden. Ihm sind die Förderrichtlinien vom 19.12.1973 - 1.1.1974 für Investitionshilfen gefolgt. Beteiligung der Bewohnervertretung war damals bereits vorgesehen.

Die wichtigeren Förderrichtlinien für notwendige soziale Maßnahmen kamen dann am 16.3.1978 dazu. Diese Richtlinien waren von Anfang an sehr weit und damit auslegungsorientiert gefaßt; neue bzw. erweiterte Aufgabenfelder konnten jederzeit einbezogen werden.

Die erst in den letzten 10 Jahren etwa hinzugekommenen Bereiche

- neue Variante der Hilfe zur Arbeit durch lokale Beschäftigungsinitiativen - Verbessern der Chancen für den Einstieg bzw. Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt,
- Begleitung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen
- Normalisierung der Wohnverhältnisse, des Wohnumfeldes, Integration

sind im Katalog nicht enthalten und deshalb andersweitig - speziell - abgedeckt.

Was haben Erlaß und Förderrichtlinien bewirkt?

Sozialpolitisch in den Kommunen:

Sie gaben Anlaß zum Nachdenken für Kommunalpolitiker und Verwaltungsspitzen generell, Unterstützung für die Sozialpolitiker in den Kommunen, zu planen und neue Maßnahmen zu verwirklichen. Dabei haben Erlaß und Förderprogramme zuerst in Großstädten und Städten mittlerer Größenordnung gewirkt.

Soweit nicht Siedlungen mit Baracken und Schlichtbauten verschwanden, wurden Einfachstlösungen für neue Unterkünfte gesucht. Damit einher ging der Aufbau der Gemeinwesenarbeit, in noch stärkerem Maße der Kinder- und Jugendarbeit - Stichwort Spiel- und Lernstuben.

Unbemerkt wurde dabei der ländliche Raum, teilweise auch in der Nähe von Ballungsgebieten, vernachlässigt. Ursachen könnten gewesen sein:

- Bedarf war nicht vorhanden,
- Initiative wurde nicht geweckt oder war nicht stark genug,
- die Probleme in größeren Städten waren so groß, daß die Sicht darüber hinaus verdeckt war,
- Familien- und Wohnstrukturen waren noch völlig anders.

Wie dem auch sei, ein Punkt bei den Überlegungen zur Fortschreibung.

Eine weitere Ursache könnte auch gewesen sein, daß Erlaß und Förderprogramme erst relativ spät in den Landkreisen aufgenommen, als Aufgabe und Verpflichtung erkannt wurden. Verpflichtung nicht nur ausschließlich im ordnungspolitischen Sinn, sondern im Sinne von BSHG und JWG/KJHG. Ebenso verspätet sind wohnungspolitische Aspekte hinzugetreten.

Eine wesentliche Belebung der Szene und damit auch eine langsam sich entwickelnde Bewußtseinsbildung in den Landkreisen ist wohl

eingetreten durch neue Schwerpunkte mit Förderprogrammen. Zu nennen sind:

- Sanierung und Modernisierung in Unterküften und im Wohnumfeld sozialer Brennpunkte,
- Hilfe zur Arbeit durch lokale Beschäftigungsinitiativen, besonders für Menschen in sozialen Brennpunkten.

Materiell durch Landesförderung:

Bereits 1973 gab es erste kleine finanzielle Hilfen für die Arbeit in sozialen Brennpunkten. Z.B. wurden der LAG bzw. ihrer Vorläuferin 1972 1.780 DM, 1973 9.000 DM, 1974 17.400 DM, 1982 bereits 94.000 DM an Zuschüssen bewilligt. In der Folgezeit waren bei allen Projekten erhebliche Aufgabenzuwächse und damit größere Sprünge bei der Finanzierung zu verzeichnen. 1992 wurden allein bei den Maßnahmen - Personal- und Sachkosten - für 26 Projektträger insgesamt rd. 2,4 Mio. DM bereitgestellt.

Investitionshilfen sind Ende der siebziger / Anfang der achtziger Jahre in stärkerem Maße erforderlich gewesen. Der Bedarf wurde jedoch nach und nach gedeckt, so daß die Anforderungen in den letzten Jahren auf einige wenige Vorhaben beschränkt blieben.

Auch wenn manche im Erlaß niedergeschriebenen Gedanken nicht im notwendigen Umfang in die Praxis umgesetzt wurden - Bewohnervertretung, Bewohnerbeteiligung, Konzeption zur Obdachlosenpolitik, vorbeugende Maßnahmen, Zusammenarbeit der Ämter und manches andere -, trotz dieser Einschränkungen können wir ein positives Fazit ziehen.

Der Erlaß hat nicht nur das abgesteckte Ziel erreicht, sondern darüber hinaus mehr bewirkt. Die Zielvorstellungen und deren praktische Umsetzungen wurden weiterentwickelt, ohne daß er inhaltlich verändert werden mußte. Das zeugt davon, daß seinerzeit langfristig vorausgedacht wurde. Vorerst ist der Erlaß noch heute Ansatz und Maßstab für Beschlüsse und deren Umsetzung.

Eine solche Handlungsgrundlage muß erhalten bleiben, gerade und besonders in Zeiten wachsender finanzieller Nöte. Deswegen stehen wir vor einer "Novellierung" und Neuherausgabe des "Obdachlosenerlasses".

Einige wenige Teile können mit weniger Aufmerksamkeit bedacht werden. Ich denke dabei an die Gesundheitshilfe. Anderes muß wesentlich deutlicher herausgestellt werden, z.B.

- Stärkung der Selbsthilfekräfte,
Stichworte: Bewohnerbeteiligung, Wohnerrat, stärkere Beachtung der Rolle der Frauen, Erweiterung der Beratungsangebote, Angebote der Qualifizierung und Beschäftigung,
- Umgestaltung in den Brennpunkten,
- Vorbeugung, Koordinierung der Arbeit der beteiligten Ämter und damit verbunden Konzeptionen für eine künftige Obdachlosenpolitik, stärkere Einbeziehung der Landkreise als örtliche Träger der Sozialhilfe und der Jugendhilfe,
- Neuorientierung der Sozialarbeit, z. B. durch Belegung anderer oder zusätzlicher Aufgabenfelder ohne zusätzlichen Aufwand für Personal- und Sachkosten,

- Beauftragter für Obdachlosenfragen,
- Öffentlichkeitsarbeit.

Es gibt aber auch neue Ansätze, die möglicherweise in den Erlaß aufgenommen werden sollten:

- die gezielten Hilfen zur Arbeit als besondere Form der Sozialarbeit und Sozialpädagogik,
- die Begleitung von planerischen und wohnungswirtschaftlichen Maßnahmen.

Ich will hier zunächst einmal einhalten, weil der Sinn Ihrer Tagung u.a. ja ist, Überlegungen zur Weiterentwicklung der Gemeinwesenarbeit zu diskutieren und das Ergebnis der Landesregierung an die Hand zu geben. Dies erhoffe ich von Ihnen.

Am Schluß noch einige "Reizworte":

- bestehende Wohngebiete - ehemals Brennpunkte - erhalten und schützen,
- Frage der Begrenztheit der Projekte,
- Nicht-Überziehen des Regelungsrahmens,
- Teilhabe nur begrenzt einbringen.

Barbara Böcher (LJA): Entwicklungsperspektiven der Arbeit in Sozialen Brennpunkten aus der Sicht des Landesjugendamtes

Stellungnahme auf der Tagung der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte Hessen e.V. und des Burkhardt-Hauses, Evangelisches Institut für Jugend- und Sozialarbeit e.V. in Gelnhausen am 20.03.1993.

Die Frage, was die Offenen Erziehungshilfen, hier insbesondere die Spiel- und Lernstuben, in den Sozialen Brennpunkten bewirkt haben, ist schwierig zu beantworten, weil in den verschiedenen hessischen Standorten und Projekten die Situationen ganz unterschiedlich sind. Grundsätzlich jedoch ist festzustellen, daß die Einrichtungen der Offenen Erziehungshilfen in Sozialen Brennpunkten historisch eine wesentliche Bedeutung haben: Sie haben bewiesen, daß mit diesen Kindern und Jugendlichen etwas anderes machbar ist, als sie auszugrenzen. Erreicht haben sie dies durch ihr besonderes Konzept, das sich auszeichnet durch

- Niedrigschwelligkeit,
- Berücksichtigung der Lebenslagen,
- Zusammenarbeit mit den Lehrern,
- Gemeinwesenarbeit.

Weitere Gründe für ihre Bedeutung sind: Es ist gelungen, einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums in die Armutgebiete umzulenken. Weitere Ausgrenzungen konnten teilweise gestoppt werden, z.B. durch Schaffung sozialer Infrastruktur, Sanierung und Arbeitsprojekte.

Landespolitische Ziele zur Arbeit in Sozialen Brennpunkten sind formuliert in den Maßnahmenförderungsrichtlinien I.VIII und I.VI, in dem Erlaß des Hessischen Sozialministers von 1973, erneuert 1983 "Hilfe für Obdachlose - Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen", in der Rede des Hessischen Sozialministers 1972 im Hessischen Landtag und in den Empfehlungen des Landeswohlfahrtsausschusses Hessen (1980) für Einrichtungen der Offenen Erziehungshilfen in Sozialen Brennpunkten.

In der Maßnahmenförderungsrichtlinie VI.I - Obdachlosenhilfe in Sozialen Brennpunkten - wird sehr allgemein das Ziel der "Verbesserung der sozialen Lage der Obdachlosen" formuliert. Ziel der Förderung durch die Maßnahmenförderungsrichtlinie I.VIII - Offene Erziehungshilfen - ist es, durch gezielte erzieherische Hilfen den Beziehungsstörungen und Verhaltensauffälligkeiten bei Kindern und Jugendlichen zu begegnen und hiermit vorbeugend gegen Heimunterbringung zu wirken. Diese beiden Zielvorgaben wurden, abhängig von der jeweiligen Ausstattung der Projekte vor Ort und der Intensität der Arbeit, mehr oder weniger erreicht. Deutlich wird es an drastisch reduzierten Zahlen von Heimeinweisungen und Sonderschuleinweisungen in Sozialen Brennpunkten. Ein weiterer Beleg ist, daß viele ehemalige Obdachlosensiedlungen in Hessen saniert wurden und die Bewohner mittlerweile keinen Obdachlosenstatus mehr haben, sondern Mietverträge.

Der Erlaß des Hessischen Sozialministers Hilfe für Obdachlose macht zum Bereich der Jugendhilfe in Sozialen Brennpunkten wenig

Aussagen. Ein Defizit, das in Zukunft bedacht werden sollte. Im folgenden habe ich einige Zielvorgaben des Erlasses herausgegriffen, die indirekt auch auf den Jugendhilfebereich wirken.

Eine Forderung des Erlasses ist, daß Familien mit Kindern nicht mehr in Obdachlosenquartiere eingewiesen werden sollen, sondern durch frühzeitige Hilfe ihre Obdachlosigkeit verhindert werden soll. Ihre Situation soll grundlegend analysiert und Therapievorschläge gemacht werden. Diese Zielvorgaben konnten in Hessen lediglich in Stadtteilen mit intensiver Gemeinwesenarbeit und Familienhilfe teilweise realisiert werden. Die Projektarbeit vor Ort ist sicher nicht das geeignete Instrumentarium, um auf eine ganze Kommune zu wirken. Wirksame Veränderungen in diese Richtung gibt es, seitdem über die Vergabe von Sanierungsmitteln für Soziale Brennpunkte von Kommunen gefordert wird, ein Konzept zur Verhinderung von Obdachlosigkeit zu entwickeln. Es ist natürlich die beste präventive Jugendhilfe, wenn verhindert wird, daß Familien ihre Wohnungen verlieren und Kinder und Jugendliche gar nicht erst in Wohnbedingungen geraten, die ihre Entwicklungsmöglichkeiten erheblich beeinträchtigen. Auch viele Folgekosten könnten durch frühzeitiges Intervenieren gespart werden.

Eine weitere Zielvorgabe des Erlasses ist es, die Bewohner zu beteiligen, wenn es um ihre Belange bzw. die der Siedlung geht. In vielen Siedlungen gibt es Bewohnerversammlungen und gewählte Siedlungs- oder Sanierungsbeirate. In den pädagogischen Institutionen ist die Zusammenarbeit mit den Eltern ein wichtiges Standbein der Arbeit. Es konnten Brücken geschlagen werden zwischen Behörden und denen, die früher Objekte staatlichen Handelns waren. Nicht zuletzt dieser Aspekt der Arbeit in Sozialen Brennpunkten hat dazu beigetragen, daß eine weitere Forderung des Erlasses, die "Wiedereingliederung in die Gesellschaft", teilweise erreicht wurde. Menschen, die sich als Objekte erlebten, wurden die handelnden Personen und machten die Erfahrung, daß sie ihre Lebenssituation aktiv beeinflussen können. Die erhohnten Möglichkeiten der Teilnahme an den gesellschaftlichen Ressourcen mindert natürlich Ausgrenzung und Stigmatisierung.

Die Projekte vor Ort arbeiten mit vorhandenen Hilfs- und Beratungsdiensten zusammen, haben deren Angebot in die Siedlungen geholt und für eine Bevölkerungsgruppe erschlossen, die früher kaum erreicht wurde. Teilweise führten aber auch "Spezialangebote" zur Entlastung bestehender Hilfs- und Beratungsdienste von einer schwierigen Zielgruppe. Darüber muß in Zukunft verstärkt reflektiert werden, wenn das Ziel des Erlasses, daß vorhandene Hilfs- und Beratungsdienste in Sozialen Brennpunkten tätig werden sollen, erreicht werden soll.

1972 hielt der Sozialminister im Hessischen Landtag eine Rede zur "Lage der Obdachlosen in Hessen". Viele der in dieser Rede formulierten Ziele flossen in das Programm zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen in Sozialen Brennpunkten ein. Von der Liste der angekündigten sozialpolitischen Maßnahmen seien einige, vor allem die jugendhilferelevanten, herausgegriffen.

In Sozialen Brennpunkten sollen Sozialzentren errichtet werden, um eine intensive Betreuung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Seither wurden mit Landesmitteln 10 neue Einrichtungen gebaut und viele Provisorien, z.B. in Wohnungen, errichtet. Meiner Meinung nach stagnieren z.Z. die Entwicklungen in dieser Hinsicht. Manchen Projekten fällt es schwer, sich von den Provisorien zu verabschieden. Außerdem ist die Finanzierung der Gebäude nur noch mit großen Schwierigkeiten durchsetzbar.

Kindern und Jugendlichen sollten kompensatorische Erziehungshilfen gegeben werden, um größere Chancengleichheit zu haben. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde die Schaffung von Schülerhilfen angestrebt. Die Erfolge in diesem Bereich sind eindeutig und meßbar, allerdings auch sehr unterschiedlich je nach Umfang der Projektarbeit vor Ort.

In Sozialen Brennpunkten sollten außerdem vorrangig Kindertagesstätten errichtet werden "mit dem Ziel der Integration der Kinder aus Obdachlosensiedlungen in die anderen Kindergartengruppen der übrigen Bevölkerung". Dieses Ziel wurde nur stellenweise realisiert. Möglicherweise wirkte dabei die Existenz der Sonder- einrichtungen hemmend. Allerdings sind auch die traditionellen Kindertagesstättenkonzepte und ihre übliche Ausstattung nicht geeignet, den besonderen Bedürfnissen der Zielgruppe gerecht zu werden.

Die Empfehlungen für Einrichtungen der Offenen Erziehungshilfen in Sozialen Brennpunkten machen folgende Zielvorgaben für die Arbeit:

- Soziale Fähigkeiten und Kulturtechniken vermitteln,
- weitere psychische und soziale Deprivation verhindern,
- sozialer Benachteiligung entgegenwirken.

Nach diesen Zielen wird in allen Projekten gearbeitet und Erfolge oder zumindest Teilerfolge realisiert. Das Ausmaß der Erfolge ist immer abhängig von Ausstattung und Umfang der Projektarbeit.

Perspektivisch sollen Soziale Brennpunkte vorrangig und bedarfsgerecht bzw. bedarfsüberschreitend (Öffnung nach außen ermöglichen) mit Kinderbetreuungseinrichtungen ausgestattet werden. Sie sollen nach dem bewährten Spiel- und Lernstubenkonzept arbeiten und Sonderausstattungen (Kind/Betreuerverhältnis, Gruppengrößen, Räume usw.) haben, da sie fähig sein müssen, auf die besonderen Bedürfnisse der Kinder dieser Stadtteile einzugehen. Ich fordere ein Ende der Provisorien! Also raus aus den "Stuben"!

Angestrebt werden sollte, soweit nicht schon erreicht, die Öffnung zu angrenzenden Stadtteilen. Altersmischung kann in manchen Fällen sinnvoll sein. Die Angebote müssen differenziert sein und sich flexibel auf die Bedürfnisse im Stadtteil einstellen. Wichtig sind auch Angebote offener bzw. halboffener Art.

Die Finanzierung der Einrichtungen sollte über sogenannte "Regeltöpfe" erfolgen, aber durch eine Sonderbezuschussung von Landesseite für die Sonderausstattung ergänzt werden. Es sollten Beiträge erhoben werden unter Ausnutzung der im KJHG gegebenen Möglichkeiten zur Beitragsreduzierung bzw. zum Beitragserlaß.

Wichtig ist, daß für die Arbeit in Sozialen Brennpunkten "nicht stigmatisierte Geldtöpfe" erschlossen werden. Im Kinderbetreu-

ungsbereich ist in dieser Richtung bereits ein erster Schritt gemacht worden. Um in dieser Richtung weiter zu gehen, ist es erforderlich, sich in die zur Zeit stattfindende Überarbeitung der Kindertagesstättenrichtlinien einzuklinken und bezüglich der Ausstattung von Kindertagesstätten in Sozialen Brennpunkten eine Sonderregelung einzufordern. Ebenfalls sollte darüber nachgedacht werden, wie relevant Teil II AGKJHG (Kindertagesstätten-gesetz) für die Sozialen Brennpunkte ist.

Natürlich muß es in Sozialen Brennpunkten auch bedarfsgerechte Orte für Jugendliche geben. Ich bin nicht sicher, ob das "Jugendzentrum" immer der Weisheit letzter Schluß ist. Unbedingt erforderlich sind Angebote zur Berufsorientierung und -vorbereitung. Für eine langfristige Absicherung dieses Bereichs der Jugendhilfe in Sozialen Brennpunkten ist die Diskussion um Teil III AGKJHG (Förderung der Jugendarbeit/-sozialarbeit) von Bedeutung.

Der Grundstock regelhafter Jugendhilfe im Sozialen Brennpunkt muß unterstützt werden durch die ganze Bandbreite ambulanter Erziehungshilfsmaßnahmen. Hier ist das stärkere Engagement von Beratungsstellen für diese Zielgruppe einzufordern.

Da der bisherige Obdachlosenerlaß bezüglich seiner Aussagen zum Jugendhilfebereich spärlich ist, sollte über das Landesjugendamt/Landesjugendhilfeausschuß eine Empfehlung für die "Jugendhilfe in Sozialen Brennpunkten" erarbeitet und verabschiedet werden. Diese Empfehlung sollte alle Bereiche der Jugendhilfe umfassen, also auch Kindertagesstätten, Erziehungsberatungsstellen usw. Sie sollte die bisherigen Empfehlungen für Einrichtungen der Offenen Erziehungshilfe in Sozialen Brennpunkten ablösen.

Das KJHG räumt, über die Jugendhilfeplanung, der Förderung junger Menschen und Familien in gefährdeten Lebens- und Wohnbereichen Vorrang ein (§ 80 Abs. 2.3). Vor Ort muß dieser Vorrang eingefordert werden; die Träger und Projekte müssen sich in den Planungsprozeß einmischen.

Drei Fragen sind mir bei der Reflexion gekommen bzw. geblieben:

Ein bisher eher vernachlässigter Faktor ist die Arbeit der Schule in Sozialen Brennpunkten. Es ist die Frage, ob die bisherige Strategie, über individuelle Lernhilfen für benachteiligte Schülerinnen und Schüler auch auf die Schule zu wirken, erfolgreich war. Möglicherweise müßte auf Schule als Institution im Sozialen Brennpunkt stärker Einfluß genommen werden, auch über die Landesebene (Empfehlung für die Arbeit von Schulen in Sozialen Brennpunkten, Sonderausstattung für Schulen).

Bei meiner Recherche über die Erfolge der Arbeit in Sozialen Brennpunkten ist mir aufgefallen, daß es wenige Zahlen und fundierte Erkenntnisse über die Entwicklung von Sozialen Brennpunkten in Hessen in den letzten Jahren gibt. Vielleicht sollte einmal über eine systematische Untersuchung nachgedacht werden.

Es ist positiv, daß in § 23 AGKJHG die gemeinwesenorientierten Offenen Erziehungshilfen in Sozialen Brennpunkten verankert wurden. Ob es die richtige Stelle ist und was es für die Projekte letztlich bedeutet, wird sich weisen.

Abschließend sei noch gesagt: Ohne "Power" vor Ort ist der beste Erlaß nur Papier. Aber ohne "Moos" ist vor Ort nichts los. Das heißt, es muß auch in Zukunft ein finanzielles Engagement des Landes in diesem Bereich geben.

Jürgen Maier (LAG): Inhalte und Rahmenbedingungen der Gemeinwesenarbeit: Perspektiven, Visionen, Strategien (Protokoll)

I. Einführung durch Hartmut Fritz

Hartmut Fritz beschreibt die derzeitige Situation: Er weist auf das Hess. Ausführungsgesetz für das KJHG hin und auf die noch ausstehenden Ausführungsgesetze 2 (Kinderbetreuung) und 3 (Jugendarbeit); der Erlass "Hilfe für Obdachlose, Grundsätze zur Verbesserung der Lage der Obdachlosen" läuft Ende des Jahres 93 aus. Dies alles falle in eine Zeit sogenannter Finanzknappheit. 20 Jahre Gemeinwesenarbeit in Sozialen Brennpunkten hätten etwas bewirkt, dennoch seien die Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung zu sehen. Es sei außerdem zu berücksichtigen, daß es "befriedete" Quartiere gäbe, aber auch das andere Extrem: Sog. Störerwohnungen in Frankfurt-Griesheim sowie die Entwicklung neuer Sozialer Brennpunkte. Hartmut Fritz faßt noch einmal die Kernpunkte der Referate vom Vortag zusammen.

Herr Altenhofen: Notwendigkeit der Prävention von Obdachlosigkeit (Fachstellen), neue Definition und Verstärkung der Betroffenenvertretung, Arbeit und Qualifikation, neue Bewertung der Rolle der Frauen, Verstärkung der Gemeinwesenarbeit auf dem Lande.

Barbara Böcher: "Raus aus den Stuben - rein in die Regeleinrichtung", "raus aus der Isolierung - rein in den Stadtteil", "weg von den Armutstöpfen - rein in den Reichtum der Regelfinanzierung".

Hartmut Fritz fordert das Einbeziehen der neuen Situation bei der Diskussion um die Überarbeitung des seitherigen Erlasses: Politikverdrossenheit, "Entteiligungsprozeß" - wieder hin zu einem Beteiligungsprozeß, Gemeinwesenarbeit habe dabei die Kommunikation verschiedener Interessen zu moderieren und er verweist auf den Auftrag der Kommunen, das Gemeinwesen zu organisieren.

II. Referat von Frau Stumpf, Direktorin des Caritasverbandes Wiesbaden und ehemalige Rektorin der Kath. Fachhochschule in Mainz.

Frau Stumpf verweist in Ihrer Einführung darauf, daß sie erst seit kurzem die Aufgabe als Direktorin für den Wiesbadener Caritasverband übernommen habe.

1. Gehabte Auswirkungen

Die Bereitschaft des Caritasverbandes, "Projekte" in Sozialen Brennpunkten zu übernehmen, habe sie als "Verhältnis gegenseitiger Beeinflussung der verschiedenen Interessenten" gesehen. Sie beklagte einen Mangel an Dokumentation der sozialrechtlichen/sozialpolitischen Bezüge des Verbandes. Aus Tätigkeitsberichten gehe nicht hervor, warum was wie möglich gewesen sei. Die Reflexion der Arbeit komme ihrer Meinung nach zu kurz.

2. Wo hat der Erlaß zu kurz gegriffen?

- Die Förderung der nachgehenden Arbeit sei zu wenig erfolgt,
- der Grad der Verbindlichkeit im Hinblick auf vorbeugende Maßnahmen sei ungenügend,
- allgemein sei der Erlaß durch die sozialpolitische Entwicklung (Arbeitslosigkeit/Lage auf dem Arbeitsmarkt) überholt.

3. Perspektiven der Verbandsarbeit in Sozialen Brennpunkten

- Es sei ein verstärktes Engagement bei rückläufigen Zuwendungen erforderlich,
- eine stärkere Repräsentanz der Projekte nach außen sei notwendig,
- die Kirchengemeinden hätten sich verabschiedet, weil "der Caritasverband macht es ja"; das dürfe so nicht sein!,
- die Kooperation mit anderen freien Trägern (z.B. in der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände) müsse weiter entwickelt werden,
- Bemühungen um die Einrichtung eines Sozialzentrums seien fortzusetzen.

Frau Stumpf sieht ein allgemeines Engagement des Verbandes in der Armutsentwicklung behindert durch: Es seien vielfältige Finanztöpfe aufgemacht worden, in der Folge auch vielfältige Einrichtungen entstanden. So gäbe es im Caritasverband Wiesbaden 19 verschiedene Einrichtungen, die durch hohe Heterogenität und hohe fachliche Anforderungen geprägt seien. Frau Stumpf möchte die Verbandsarbeit qualifizieren, gerade auch im Engagement für die Armutsbevölkerung. Gemeinwesenarbeit habe dabei für sie einen hohen Stellenwert:

- Wegen ihrer Erfahrungen mit Formen der Niedrigschwelligkeit,
- wegen ihrer Methoden und Strategien für die Förderung von Selbsthilfepotentialen.

Sie sieht im Verband ein starkes Beschränken auf institutionelle Grenzen und wenig Wahrnehmungstendenzen über die sechs Sachbereiche hinaus. Sie hält es für sinnvoll, die Erfahrungen aus den GWA-Projekten für andere zu nutzen, z.B. beim

- Umgang mit der Wohnungsfrage,
- bei der Öffentlichkeitsarbeit (was nützt auf die Pauke hauen?),
- bei der Entwicklung von nationalen Beratungsdiensten hin zur Migrantenberatung.

Abschließend weist Frau Stumpf auf die Notwendigkeit von Maßstäben hin (warum ist was gut?).

III. Referat von Herrn Lothar Schüler, Bürgermeister und Sozialdezernent der Stadt Gießen

Herr Schüler benennt zunächst in seiner Situationsbeschreibung Analysen zur Kommunalwahl: So hätten z.B. in einem neueren Sozialen Brennpunkt die Republikaner 27% der Stimmen erhalten, während in einem traditionellen Brennpunkt, der z.Zt. saniert wird, der Stimmanteil der SPD bei 53% liege. Allerdings auch nur bei einer Wahlbeteiligung von 38%. Die **Hauptprobleme sieht Herr Schüler nicht in den traditionellen Brennpunkten, sondern in den verdichteten Sozialwohnungsbaugebieten.** Hier gäbe es einen hohen

Anteil von Bewohnerinnen und Bewohnern, die von der Sozialhilfe abhängig seien, hier gäbe es Ängste von Deutschen gegenüber ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, "in diesen Gebieten brennt es!".

Herr Schüler fragte, ob denn der Obdachlosenerlaß hier überhaupt nütze, ob denn die hier vorliegenden Probleme mit Sozialarbeit lösbar seien? Er verweist außerdem auf die 127 Personen in Gießen, die als sog. "Nichtseßhafte" den täglichen Sozialhilfesatz bezögen, die auch ausdrücklich aus dem Obdachlosenerlaß ausgenommen seien. Diese "neuen sozialen Probleme" müßten gelöst werden.

Bezüglich der Finanzprobleme der Kommunen führt Herr Schüler aus, daß Gießen immer Mittel für den Sozialbereich frei bekommen habe: So gäbe es z.Zt. 340 Beschäftigte beim ZAUG (Zentrum für Arbeit und Umwelt Gießen), davon seien 200 Sozialhilfeberechtigte. Er könne die Rückläufigkeit der Sozialhilfeausgaben nachweisen. Die Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU) steige nicht mehr, nur die Hilfe in besonderen Lebenslagen (HbL). Leider würden bzgl. des sog. "sozialen Wildwuchses" viele falsche Behauptungen (auch von Sozialdemokraten) aufgestellt, die leider häufig unwidersprochen blieben.

Der Obdachlosenerlaß war laut Herrn Schüler eine richtige Entscheidung, die auch viel gebracht habe. Es komme jedoch darauf an, wie die Gemeinden ihn anwenden.

IV. Nachfragen/Statements zu den Referaten

Der Erlaß ist keine Direktive. Was motiviert eine Stadt, den Erlaß auch anzuwenden, d.h. das Problem von Sozialen Brennpunkten zu akzeptieren? Welche Vorteile bringt er eigentlich für eine Stadt / Gemeinde? Herr Schüler: Der Erlaß ist nicht freiwillig. Er enthält eine Handlungspflicht des Oberbürgermeisters als Ortspolizeibehörde. Um ihn anzuwenden, ist allerdings ein **präventives Denken erforderlich**, was **letztendlich billiger** sei als das Vorhalten von Wohnungen für Einweisungen: Früher zahlte die Stadt Gießen eine Mietausfallgarantie für solche Wohnungen in Höhe von

430.000,-- DM. 15.000,-- DM bis 20.000,-- DM seien davon wieder "eingetrieben" worden. Außerdem seien Kosten für die zwei "Eintreiber" entstanden. Er gehe die Dinge betriebswirtschaftlich an: "Soziale Taten sind billiger!" Nicht die "schnelle Mark" bringe etwas, nur ihre langfristige Anlage. Um Obdachlosigkeit zu verhindern, sei eine enge Kooperation zwischen Sozialamt und Wohnungsbaugesellschaften erforderlich. So sei in Gießen das Sozialamt gleichzeitig Obdachlosenbehörde und könne somit den § 15a BSHG unmittelbar anwenden.

Reinhard Thies wies auf das Dilemma hin, daß Quartiere zuerst benannt werden müssen, um an Finanztöpfe heranzukommen. Bestehe hier nicht die Gefahr der **Stigmatisierung neuer Sozialer Brennpunkte**? Herr Schüler verweist auf die Pflicht der Mitfinanzierung der Kommunen. Möglichkeiten der Regelfinanzierung von bestimmten Aufgaben seien zu prüfen. So wünsche er sich z.B. eine Regelfinanzierung der Arbeit mit "Nichtseßhaften". Sie seien schließlich als *Behinderte* anzusehen. Diese Position blieb nicht unwidersprochen: Hartmut Fritz benannte das BSHG, nach dem für diese Personengrup-

pe ein Hilfeplan zu erstellen sei, innerhalb dessen auch nach den Ursachen der Problemlage gefragt werden müsse.

Frau Stumpf forderte andere Maßstäbe/Paradigmen und sprach sich für eine Stadtteilorientierung der sozialen Dienste aus. Abschließend wurde die Frage in den Raum gestellt, welche Voraussetzungen notwendig seien, **um aus Sonderfinanzierungsformen rauszukommen?** Was wird getan, um zu sichern, daß die Arbeit in Sozialen Brennpunkten auch weiter finanziert wird, wenn diese Siedlungen nicht mehr als Brennpunkte gesehen werden? Wer beurteilt, wann was zu Ende ist? Wie geht es weiter wenn die LWV-Finanzierung wegfällt?

V. Weiterarbeit an Schwerpunkten

1. Neue Quartiere

Reihard Thies führt mit folgenden Fragestellungen in diesen Schwerpunkt ein: Wie beschreiben wir neue Quartiere? Mit welcher Methode? Was muß Sozialarbeit mit aufnehmen? Wie bekommen wir Akzeptanz in den Quartieren? Wie bringen Verwaltung und Politik die Akzeptanz und die Finanzen für neue Quartiere auf, ohne diese zu stigmatisieren?

Bürgermeister Schüler: Für Gießen gibt es noch kein abgeschlossenes Konzept. Vorzufinden sind an verschiedenen Stellen verdichtete Wohnbebauung, fehlende Infrastruktur, abgeschlossene Wohngebiete mit dichtem Bestand an Sozialwohnungen. Er sieht eine problematische Belegungspraxis aufgrund der Einkommensgrenzen für den sozialen Wohnungsbau. Es haben dabei nur noch bestimmte Gruppen Anspruch auf Sozialwohnungen. Die Stadt hat seiner Meinung nach auch noch zu wenig Informationen über die Menschen, die in diesen Stadtteilen wohnen. Eine Perspektive sieht Herr Schüler in der Mietermitbestimmung. Er hält es für nötig, daß z.B. darüber Mängel erfaßt werden. Er stellt sich darüber hinaus eine engmaschige, stadtteilorientierte Informationspolitik vor und in Verbindung mit der Stadtplanung die Installierung nachträglicher Infrastruktur.

Christina Hey verweist auf das Problem der hohen Mieten, die häufig nur noch über Sozialhilfe und Wohngeld finanzierbar seien. Herr Schüler sieht eine Durchmischung der Wohngebiete dann wieder möglich, wenn die Einkommensgrenzen für den Bezug von Sozialwohnungen angehoben werden. Zur Zeit bekämen frei werdende Wohnungen überwiegend ausländische Familien und Alleinerziehende. Außerdem entstünden sogenannte "Rentnerghettos". Hartmut Fritz faßt zusammen: **Unterschiedliche Interessenlagen müssen wieder miteinander in Kommunikation kommen** und die Sprachlosigkeit durchbrochen werden. Er hält ein **neues Verständnis von Gemeinwesenarbeit** zur Förderung von Mitbestimmung und zur Moderation dieser Kommunikation für notwendig. Außerdem sei ein Name für neue Problemgebiete zu finden. Herr Schüler merkt an, daß es Bestandteil seiner Politik sei, gemeinwesenorientierte Arbeit aus verschiedenen Finanztöpfen zu finanzieren. Er sieht Problemlösungen in einer breiten Strategie, nicht über einen speziellen GWA-Finanzierungstopf. Außerdem spricht er sich für die Einrichtung von **Stadtteil-Konferenzen** aus, an denen nicht nur SozialarbeiterInnen, SozialpädagogInnen und ErzieherInnen teilnehmen sollten. Hierzu wurde von verschiedenen DiskussionsteilnehmerInnen die **Notwendigkeit der Moderatorenrolle** benannt (soll etwa der Jugendarbeiter im Stadtteil die Modera-

tionsfunktion haben? Oder: Wer organisiert die Mitbestimmung im Stadtteil?). Hartmut Fritz: Muß die Gemeinwesenarbeit in ihrer seitherigen parteilichen Funktion evtl. eine andere Rolle durch die **Vermittlung unterschiedlicher Interessen** einnehmen?

2. "Regelversorgung" unter Berücksichtigung von Sozialen Brennpunkten

Reinhard Thies: Warum bündeln wir nicht alle Finanzierungen und versehen sie mit einer Moderatorenrolle? Halten wir nicht an jetzigen, stigmatisierten Finanztöpfen fest, weil wir die Gefahr sehen, daß der Brennpunktaspekt verloren geht? Haben wir nicht Angst vor einer Öffnung, Angst einen Sonderstatus zu verlieren? Er schlägt eine Sonderförderung (Brennpunkt Komponente) in der Kindertagesstättenförderung vor. **Es sollte nicht erst ein Stadtteil stigmatisiert werden müssen, um dadurch Sonderbedingungen zu bekommen.** Gemeinsam mit anderen Einrichtungen müßte für den Abbau der Stigmatisierung im Stadtteil gesorgt werden (das kann nicht Aufgabe einer Spielstube alleine sein). Nach Reinhard Thies sind "die Einen auf dem Weg nach unten (Kindertagesstätten), die Anderen auf dem Weg nach oben (Spielstuben)".

Nach der Problematisierung des Begriffs der "Regeleinrichtung", die der notwendigen Grundversorgung dienen soll damit die soziale Gemeinschaft funktioniert, wurden vor allem Fragen formuliert:

- Was brauchen wir an Grundversorgung?
Was ist mit den Ängsten der betroffenen Bevölkerung?
- Ist das Ziel des "normalen Wohngebietes" aufrecht zu erhalten?
- Wird Gemeinwesenarbeit bei der Aufteilung der Bereiche "kassiert"?
- Müssen Gemeinwesenarbeit und Dienstleistung voneinander entkoppelt werden?
- Wer moderiert in Stadtteilen ohne Gemeinwesenarbeitsprojekt?
- Woher erhält der Gemeinwesenarbeiter/die Gemeinwesenarbeiterin als ModeratorIn ihre Bodenhaftung?

Es wurde vorgeschlagen, die Moderation in den Stadtteilen bei freien Trägern anzusiedeln. Hartmut Fritz schlägt die Weiterarbeit an der Moderatorenrolle vor (politische Grundakzeptanz, Anbindung nach unten). Ein einfaches Verweisen an die Regelversorgung führe in die Sackgasse. Politik-müdigkeit und Gewaltbereitschaft könnten auch als Chance begriffen werden. Da der Erlaß bezugnehmend auf den § 72 des BSHG, sei zukünftig eine andere Definition von Lebenslagen notwendig. Der Tatbestand der Obdachlosigkeit würde die derzeitige Situation unzutreffend beschreiben.

3. Bilanz - Blitzlicht ("Was sagt die LAG beim nächsten Gespräch der Ministerin?")

In diesem abschließenden Teil der Gesprächsrunde wurden folgende Statements aus dem Plenum zusammengetragen:

- Der Erlaß ist so zu verändern, daß er flexibles Handeln ohne enge Eingrenzungen (Gefängnis) zuläßt, d.h. es muß Innovation daraus entstehen können und die SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen sowie ErzieherInnen sollen nicht als "stigmatisierte Exoten" dastehen müssen,

- ein Erlaß, der auf die Förderung neuer Problemlagen eingeht, muß als Voraussetzung haben, daß die Grundversorgung erreicht ist,
- alleinstehende Wohnungslose/Nichtseßhafte sollen in dem neuen Erlaß mitaufgenommen werden,
- die Themen Wohnen, Arbeit, soziale Grundversorgung müssen in der Erlaßdebatte mitdiskutiert werden,
- die Rahmenbedingungen sind so zu beschreiben, daß neue Problemlagen mitaufgenommen werden können,
- der Obdachlosenbegriff ist zu erweitern,
- die Veränderung der Lebenswirklichkeit der Betroffenen ist zu berücksichtigen, deshalb ist eine Kommunikation mit den Betroffenen zwingend erforderlich,
- die derzeit geführte Diskussion muß in die Brennpunkte rückgekoppelt werden,
- der Dialog mit den Kommunen muß geführt und in die sog. "Erlaßdebatte" einbezogen werden.

Vereinbarung:

Im Spätsommer/Herbst 1993 lädt die LAG Soziale Brennpunkte zu einer Tagesveranstaltung ein, in deren Rahmen die Fortschreibung des Erlasses mit den Projekten weiter erörtert wird.

Frankfurt, 19.04.1993 jm/lz

LEITFRAGEN FÜR DIE ARBEITSGRUPPEN

- I.
 1. Was hat sich von den Zielen realisieren lassen?
 2. Was muß weiterverfolgt werden?
 3. Was muß in der Zielsetzung korrigiert werden?
 4. Welche neuen Ziele müssen verfolgt werden?

- II.
 1. Welche Landesvorgaben/-finanzierungen haben sich bewährt?
 2. Welche Landesvorgaben/-finanzierungen müssen ergänzt werden?
 3. Welche Landesvorgaben/-finanzierungen müssen korrigiert werden?
 4. Welche Landesvorgaben/-finanzierungen müssen neu entwickelt werden?

Jeweils bezogen auf alle Bereiche:

Wohnen, Stadtentwicklung, Arbeit, Bildung, Integration, Partizipation, Gemeinwesenarbeit, Sozialzentrum

ZUSAMMENSETZUNG DER ARBEITSGRUPPEN

AG 1 "Wiesbaden"

Moderation: Elke Schimpf

Gustav Förster, Gisela Zwigart, Lisa Margara, Marek Körner, Wolfgang Krebs, Rosi Mögler

AG 2 "Darmstadt"

Moderation: Jürgen Maier

Karl-Heinz Schön, Ria Schneider, Jürgen Mühlfeld, Susanne Elsen, Ernst Brünner, Monika Grötzinger

AG 3 "Frankfurt"

Moderation: Christina Hey

Bettina Wiederspahn, Margitta Pleyer, Wolfgang Offermann, Heinz Läßmann, Lothar Stock, Annette Göldner, Klaus-Peter Meier

AG 4 "Offenbach"

Moderation: Reinhard Thies

Claudia Kaufmann-Reis, Bodo Wenzel, Reinhard Pitterling, Wolfgang Jalowy, Barbara Kupfer, Uschi Saewert

AG 5 "Gießen"

Brigitte Eichholz, Jürgen Schütz, Peter Matzke

AG 1: Wiesbaden	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz - Perspektiven	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
1. Bilanz	Mietverträge Außen- und Innensanierung Instandhaltung Entflechtung der Siedlung Stabilisierung der Mieterschaft? Sanierung nur mit den Bewohnern Belegungssteuerung?	vom Ausschluß in Richtung Integration	punktuelle Unterstützung bei Arbeitsplatzsuche durch Qualifikationsdruck und Arbeitsmarktlage andere Zugänge erforderlich Existenzsicherungsprojekte (2. Arbeitsmarkt) Sozialhilfe Schwerpunkt Jugend-ARBEIT zielgruppenspezifische Angebote geschlechtsspezifische Zugänge sichern	kontinuierlicher Schulbesuch Generationenübergabe "Kinder sollen was lernen" Früchte aus Spiel- und Lerngruppenarbeit tragen Mädchen haben bessere Schulabschlüsse Jugendliche finden Lehrstellen, aber gleichzeitig wenig Motivation bei SonderschülerInnen oder ohne Hauptschulabschluß extremes Auseinanderklaffen bestimmter Gruppierungen
2. Perspektiven	Instandhaltung (u.U. erneute) Außenanlagen Stabilisierung der Mieterschaft Wohnraumvermittlung für Jugendliche	verstärkte Integration in beide Richtungen von außen und innen	Orientierung am 1. Arbeitsmarkt Teilhabe an Umschulungsmaßnahmen (v.a. für Frauen) sichern Anreize für Lehre und Arbeit schaffen geschlechtsspezifische Zugänge sichern Übergang Lehre/Beruf "Arbeit muß sich lohnen"	Unterstützung bei Hausaufgaben und Schulproblemen weiterhin Übergänge von Bildung in Arbeit sichern Generationenübergänge sind notwendig, v.a. geschlechtsspezifisch Kooperationen mit Schulen Anreize und Perspektiven für Bildung ("Bildung muß auch anerkannt werden")

AG 1: Wiesbaden	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz - Perspektiven	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
1. Bilanz	Abschaffung der Sozialen Brennpunkte -> Öffnung Brennpunkte können je nach Lage auch gebremst werden (zu dicht an anderen Brennpunkten) Neubausiedlung nebenan	Partizipation der BewohnerInnen in politischen Gremien (z.B. in Schulen)	Bewohnerbeteiligung Mitbestimmungsformen	Orte für kleinere Gruppierungen
2. Perspektiven	Mischung aus Öffnung und Grenzziehung Öffnung nach zwei Seiten/ nach außen und innen Personal der GWA in Regeleinrichtungen Kinderarbeit soll aufgehen in Regeleinrichtungen	Partizipation weiterhin unterstützen	Projektverbund stadteilnahe Einrichtungen schaffen Rollenveränderung der GWA GWA nicht unter Stadtteilarbeit subsumieren Begleitmaßnahmen initiieren, die zur Entlastung beitragen, für Frauen Kinderbetreuung, Essen ... Versorgung	Siedlungen öffnen Verzahnung mit anderen Wohnungen eigenständige Nutzung verschiedener Gruppierungen Verbund Gruppenangebote

AG 2: Darmstadt, Friedberg, Marburg	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
<p>Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung</p> <p>Bilanz - Perspektiven</p>	<p>Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse</p> <ul style="list-style-type: none"> - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen 	<p>Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort 	<p>Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung 	<p>Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen:</p> <p>Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten</p>
<p>1. Bilanz</p>	<p><u>Rodgaustraße:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Schlichtbauten, die saniert wurden, sind z. T. in einem besseren Zustand als die Sozialwohnungen aus den 70ern, bei gleichzeitig höherem Mietniveau <p><u>Kirschenallee:</u></p> <p>Standard erreicht bzw. sicher in Planung</p>	<p><u>Rodgaustraße:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - IWU-Gutachten 1988, das Perspektiven aufzeigt - Kommission "Soziale Brennpunkte" und Arbeitskreise vor Ort - Wohnungsneubaugenbiet, das an den Brennpunkt angrenzt - Bau von 50 Eigentumswohnungen direkt im Gebiet <p><u>Kirschenallee:</u></p> <p>Unterentwickelt bzw. rückläufig</p> <p><u>Grüner Weg:</u></p> <p>Auf zunehmend engerem Raum werden sich mehr Menschen aufhalten. Abgrenzung der Stadt zum Obdach nimmt zu</p>	<p><u>Rodgaustraße:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung eines Beschäftigungsprojektes "Nähwerkstatt" 84', wobei keine Frauen aus der Siedlung mehr beschäftigt sind - Idee von Beschäftigungsprojekten im Rahmen der Sanierung für Männer und Beschäftigungsprojekt für Frauen als Hauswirtschaftsprojekt <p><u>Kirschenallee:</u></p> <p>Schwarzarbeit Arbeitslosigkeit</p>	<p><u>Rodgaustraße:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Entwicklung von einer Lernstube hin zu einer Kindertagesstätte; Verschlechterung der Rahmenbedingungen für gemeinwesenbezogene Kinderarbeit - Bau eines Jugendhauses (Baracke) - Verbesserung der Situation der Kinder -> weniger Sonderschüler - Bildungsarbeit mit Erwachsenen, besonders mit Frauen <p><u>Kirschenallee:</u></p> <p>Traditionell Arbeit als Existenzsicherung Schuleschwänzen als Kavaliersdelikt</p>
<p>2. Perspektiven</p>	<p><u>Rodgaustraße:</u></p> <p>2 Perspektiven:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Wohnungsneubau, um die Schlichtbauten (3 Blöcke) renovieren zu können, wobei hierbei die Höhe der zu erwartenden Mieten, als auch die Höhe der Einkommen zu berücksichtigen sind. - Wonomfelderneuerung - Was passiert mit den Flachbauten? Abriß?! <p><u>Kirschenallee:</u></p> <p>Sicherung und Erhalt</p> <p><u>Grüner Weg:</u> Keine positive Perspektive sichtbar. Auflösungskonzept gescheitert.</p> <p><u>Fauerbach:</u> kein Thema</p> <p><u>Marburg:</u></p> <p>Bündelung der 3 Wohnungsgesellschaften Stärkung der Mitsprache Kommunales Obdachlosenkonzert</p>	<p><u>Kirschenallee:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Anbindung erreichen - Stadteilarbeit Industriegebiet Nord - Inselstruktur -> Infrastruktur -> Stadtteil <p><u>Fauerbach:</u></p> <p>Massiv wachsender Stadtteil. Planungen für Infrastruktur im Gange, müssen gegen Widerstand bzw. Inkompetenz der Stadtverwaltung durchgesetzt werden.</p>	<p><u>Kirschenallee:</u></p> <p>sichere Arbeitsverhältnisse Ausbildung -> traditionelle Rolle</p>	<p><u>Rodgaustraße:</u></p> <p>Jugendarbeit muß sich von einer "Komm-und-geh-Struktur" hin zu einer aufsuchenden Arbeit verändern</p> <p><u>Kirschenallee:</u></p> <p>Außerschulische Betreuung Hort/ Hausaufgabenhilfe?</p>

AG 2: Darmstadt, Friedberg, Marburg	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
1. Bilanz		<u>Kirschenallee:</u> Rückschritt Sozialer Brennpunkt		
2. Perspektiven	<u>Kirschenallee</u> <u>Ziel:</u> - Anbindung an Gesamtstadt - Inseln verbinden	<u>Kirschenallee:</u> - Einmischung finden und festigen		

AG 2: Darmstadt, Friedberg, Marburg	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
1. Was hat sich von den Zielen realisieren lassen?	Wohn- und Bauverbesserungen	- Stadtübergreifendes, einheitliches Vorgehen in den Brennpunkten -> räumliche Isolierung vom Stadtkern verringert	- Findet Berücksichtigung auch in Denkstruktur der Bewohner - Beschäftigungsprojekte existieren (- etabliert)	- Bewohner nehmen Bildungsangebote stärker wahr - Verbessertes und ausgeweitetes Bildungsangebot vor Ort
2. Was muß weiterverfolgt werden?	- Bauerhaltende Maßnahmen - Förderung der Akzeptanz von Sanierung/ Bewohner-Beteiligung in allen Phasen	Künftige Stadtentwicklung muß territorial verstanden und vernetzt werden Frühzeitige Sozialplanung bei Neubau-Vorhaben Stadtteilentwicklungsplanung/ Stadtteilkonzept	- Beschäftigungsprojekte/Arbeit sollte über GWA-Topf mitfinanziert werden - Arbeitsmöglichkeiten vor der Tür - Kinderbetreuung	- Nutzbarmachung von anderen Bildungsinstitutionen für BewohnerInnen
3. Was muß in der Zielsetzung korrigiert werden?	- Kommunales Obdachlosenkonzentration Vermeidung von neuen Ghettos - Umweltverbesserung - Keine Überbelegung, sondern angemessene Neubauplanung für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen	- Kommune muß Verantwortung für Infrastruktur stärker übernehmen	- Differenzierung der Bildungs- und Beschäftigungsangebote als Teil der GWA	- Neue Formen von Bildungsarbeit, zeitlich befristete Projekte
4. Welche neuen Ziele müssen verfolgt werden?	- Institutionsvernetzende Arbeit	Stadtteilentwicklungskonferenz -> Wohnbebauung -> Infrastruktur Sozialverträglichkeitsprüfung bei -> Umnutzung -> Neubau -> Verdichtung	Arbeit als Aspekt der Stadtentwicklungsplanung bei -> Bauausführung -> Dienstleistungsangebot -> Wartung der Gebäude -> etc.	- Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung müssen gleichzeitig laufen

AG 2: Darmstadt, Friedberg, Marburg	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
1. Was hat sich von den Zielen realisieren lassen?	- Zusammenarbeit von Professionellen auf regionaler und überregionaler Ebene - Thematisierung der Brennpunktproblematik - punktuelle Beteiligung von Bewohnern an stadtteilbezogenen und gesellschaftspolitischen Aktionen - Nutzung von Brennpunkteinrichtungen durch weiteren Stadtteil (Kindergarten)			
2. Was muß weiterverfolgt werden?				
3. Was muß in der Zielsetzung korrigiert werden?				
4. Welche neuen Ziele müssen verfolgt werden?	- Weiterverfolgen: Entstigmatisierung - Entschärfung von Isolierung und Separation - Einweisungsstopp, Mitsprache bei Belegung Vermeidung neuer Brennpunkte durch Umsiedlung/Verlagerung des "Problems"			

AG 3: Frankfurt	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
1. Was hat sich von den Zielen realisieren lassen?	Neubaugebiete	- Infrastruktureinrichtungen geschaffen - Stadtteilarbeitskreise		schulische Angebote vor Ort
2. Was muß weiterverfolgt werden?	- Überbelegung - zu teuer, nicht aus eigener Tasche zu bezahlen	- erfolgte Sensibilisierung bei Kommune weitertreiben - Problemverdichtung im Stadtteil entgegen wirken		
3. Was muß in der Zielsetzung korrigiert werden?	- Bezahlung der überbelegten Mieten durch öffentliche Hand - Konzept der Ghettoisierung in einzelnen Blocks	- stärkere Einbeziehung der BewohnerInnen - Schaffung von GWA-Strukturen	Beziehung zwischen Arbeitseinkommen und Miete	Rolle der Schule im Stadtteil
4. Welche neuen Ziele müssen verfolgt werden?	- Schaffung von sozialem Wohnraum - stärkere Einflußnahme des Sozialen in die Wohnungswirtschaft durch die Kommune	Neues Raster zur Durchsetzung von Stadtteilentwicklung: "Unterversorgter Stadtteil" statt "Sozialer Brennpunkt"		

AG 3: Frankfurt	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
1. Was hat sich von den Zielen realisieren lassen?	- enges Nebeneinander verschiedener Bevölkerungsgruppen	BewohnerInnen an städtischen Ressourcen beteiligt durch Schaffung von Infrastrukturen	Frankfurt/Kassel: GWA beim Allgemeinen Sozialen Dienst, in Ansätzen auch in Spiel- und Lernstuben	sind mittlerweile vorhanden; meist zentralisiert
2. Was muß weiterverfolgt werden?	- aus abgegrenzten Nebeneinander, Miteinander machen		- Verankerung der Gemeinwesenarbeit zur Partizipation der BürgerInnen - Vermittlung zwischen Stadtteilarbeitskreisen und einzelnen BewohnerInnen	Dezentralisierung innerhalb größerer Stadtteile
3. Was muß in der Zielsetzung korrigiert werden?		Veränderungen ohne Bewohnerbeteiligung diskutiert und beschlossen (z.B. Abteilung des Sozialzentrums)	Zuordnung der GWA als Zusatzaufgabe für pädagogische und soziale Einrichtungen ohne klare Konzeptionen	Spiel- und Lernstube hin zur Regeleinrichtung Bedarfssicherung von dezentraleren Angeboten
4. Welche neuen Ziele müssen verfolgt werden?			neue sinnvolle Trägerstrukturen für GWA finden	

AG 4: Offenbach	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
1. Was hat sich von den Zielen realisieren lassen?	- aufgelöst (Lämmerspieler Weg) - annehmbar bis auf zwei Wohnblocks (Eschig) - gescheiterte Sanierung (Lohwald)		teilweise Integration in den Arbeitsmarkt	- höheres Bildungsniveau - regelmäßiger Schulbesuch - wenig Sonderschüler - Eingangsstufenmodell - Frühförderung - Kinder- und Jugendarbeit - Jugendbildungsarbeit
2. Was muß weiterverfolgt werden?		ungeklärte Frage: Abriß oder Erhalt (Lohwald) - Vorrang Wohnen kontra Ausweitung Gewerbe - Ausbau der sozialen Infrastruktur und Dienstleistungen - Überarbeitung der Bauleitplanung <u>Ziel:</u> städtebauliche Integration	Teilgruppen bleiben ausgeschlossen: - Mädchen, Frauen - Ausländer, insbesondere Mädchen/Frauen - Schulaussteiger, z.T. Sonderschüler - ältere Langzeitarbeitslose	
3. Was muß in der Zielsetzung korrigiert werden?				
4. Welche neuen Ziele müssen verfolgt werden?				

AG 4: Offenbach	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
1. Was hat sich von den Zielen realisieren lassen?	- Sportvereinsarbeit: Fußball - Öffnung der Jugendhäuser: Kulturarbeit - Freizeitangebote: Austausch mit anderen - heute: Nur noch Bewohnerversammlung <u>Eschig</u>			vorläufige Angebote wurden geschaffen - Kinder- und Jugendarbeit - Frauenarbeit - Seniorenarbeit - Sozialberatung/ Existenzsicherung
2. Was muß weiterverfolgt werden?	<u>neue Ziele</u>			<u>fehlt:</u> - Gemeinschaftseinrichtung - Frage der Differenzierung des Angebots - Beendigung der Wohnraumzweckentfremdung - Abschaffung der Provisorien
3. Was muß in der Zielsetzung korrigiert werden?			- Steht kommunale Trägerschaft in grundsätzlichen Widerspruch zu den Zielen der GWA? - Wie kommt man zu einer arbeitsteiligen GWA-Strategie? = freie Träger?	
4. Welche neuen Ziele müssen verfolgt werden?				

AG 5: Gießen	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz - Perspektiven	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
1. Bilanz	- Ja, aber zu teuer - bedarfsgerechte Gemenge-Lage - Entzerrung von Großfamilien - Mietverträge - keine Zwangseinweisungen	- Infrastruktur - noch kein wohnwertes Viertel	- ZAUG - IJB - wenig Ausbildung - wenig erster Arbeitsmarkt	- Schule -> Eingangsstufe? Ganztagsschule - Entwicklung von Lebensperspektiven - Kindergarten mit besseren Stellenschlüssel - Eltern mehr fordern und einbeziehen
2. Perspektiven	- mehr Flexibilität bei Wohnungszuschnitten - bezahlbare Miete - andere Wohnformen (für SeniorInnen, Jugendliche, WG?)	- da gibt es noch viel zu tun	- Frauenförderung - mehr Qualifikation in Beschäftigungsprojekten	

AG 5: Gießen	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Bilanz	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
1. Was hat sich von den Zielen realisieren lassen?				
2. Was muß weiterverfolgt werden?	<ul style="list-style-type: none"> - Mobilität fordern und fördern, d.h. nicht alles im Ghetto installieren - Bildungsarbeit - Stadtteilkulturarbeit 			

Gießen: Magaretenhütte, Gummiinsel, Eulenkopf	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungsentwicklung	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
0. "Ausgangslage" (50/60er Jahre)	1932-33 Entstehung der Siedlung, 78 Rotklinkerhäuschen, > 400 Kinder, Soziale Ausgrenzung 1953 Notwohnungen, sog. Wohnhof: 35 Familien, ohne Bad und Heizung 1959/60 Wohnwagen; Alter Krofdorfer Weg 1966 6 Wohnblocks Schlichtbau -> 1975 mit Duschen	Ghetto für Obdachlose - isoliert, ausgegrenzt <u>Wohnhaft</u> - Eisenbahnwagen - Baracken - Schlichtbauten - Container	- Subsistenzwirtschaft "Schrotteln", Handel, fahrende Verkäufer - Heimarbeit/Putzstellen für die Frauen - nur wenig abhängig Beschäftigte, wenn: Männer, im gewerblichen Bereich (Bau)	Bildungsdefizite Schulschwänzen als Regelfall Spiel- und Lernstube 1969/70
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)	1971 Abriß der Wohnhofs -> Sozialer Wohnungsbau, Leimenkauter Weg 1-3 1972 3 weitere Schlichtbauten mit Duschen 1974 3 Wohnblocks, Krofdorfer Str. 4 Leimenkauter Weg -> Sozialer Wohnungsbau 1976 Rotklinkerhäuschen: Einbau von Duschen im Keller	3-Stufenmodell konservative Sozialpolitik Auflösung des Ghettos und Umsiedlung Sanierung und Stadtentwicklung	nur Jugendarbeitslosigkeit als Focus - Bildungsdefizite aufholen, Schulabschlüsse herstellen Haltungen/Werte u. Diskussion zw. zwei Elementen - alternative Ökonomie, Selbsthilfekollektive <u>oder</u> - normale berufliche Perspektiven/Arbeitsverhältnisse zur Sicherung der Existenz, ohne Sozialhilfe leben zu können, teilhaben, Ausgrenzung aufheben	Eingangsstufe in der Siedlung 1973/74 Eingangsstufe geschlossen 1978
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)	1986 Einweisungsstopp Beginn der Schlichtbausanierung 1. modellhafte Sanierung 1989 Bezug von neuen Wohnungen; Sozialer Wohnungsbau	Stop von Notwohnungen Förderung der Sanierung von Obdachlosensiedlungen Sozial- und städteplanerische Gesamtgutachten zur Beseitigung von Obdachlosigkeit	Ideen zur Absicherung institutionalisierter Konzept. Ansätze - Gründung von Beschäftigungsinitiativen (2. Arbeitsmarkt). Reden ist nicht genug. Keine Integration in Normalarbeitsmarkt erreicht. Nur Ausnahmen! - Arbeit statt Sozialhilfe, tarifgerechte Entlohnung Selten in den Sozialen Brennpunkten gegründet. In der Regel außerhalb. - Kommunale Initiativen oder zielgruppenspezif. nur für Brennpunktpersonen/ Jugendliche (LJB) - Mädchen/ Frauen-spezifische Projekte	
3. "Sozialplanung": GWA im Planungsprozeß (um 1990)	1990-96 Vollständige Sanierung des Wohngebietes 1992 Bezug von Eigentumswohnungen "Kuhwiese" 1992 Bezug von 2 neuen Häusern; sozialer Wohnungsbau und Wohnumfeldgestaltung	Beteiligung und Organisation von Betroffenen-Beteiligung	keine ausgesprochen sozialplanerischen Aktivitäten, eher kommunalpolitische Wahlkampfaktivitäten (ZAUG GmbH - Gießen) von Einzelpersonen.	
4. Bilanz/ Perspektiven	Perspektiven: Öffnung zum Stadtteil Gi-West Ausbau von Infrastruktur Vollständige Sanierung 1996 laut politischer Aussagen kein Sozialer Brennpunkt mehr	Stadtteilentwicklung noch nicht abgeschlossen, aber auf der Tagesordnung der Kommunalpolitik Wohnwertes Viertel	Offen nach wie vor: Schulabschlüsse, Lehre, Ausbildung, Normalarbeitsverhältnisse als fester Wert und Ziel der GWA <u>Ziel:</u> "Integration durch Arbeit muß konzeptionell aufgenommen werden in alle Arbeitsbereiche der GWA und unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten bearbeitet werden."	aktuell 6 Sonderschüler - ca 40 Kinder im Hort-/Kinderbereich Großer Bruch im Jugendbereich: Kaum jemand macht Ausbildung

Gießen: Magaretenhütte, Gummiinsel, Eulenkopf	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungsentwicklung	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
0. "Ausgangslage" (50/60er Jahre)	1932-55 Soz. Integration durch Eingliederung in wirtschaftl. Arbeitsprozeß Heimarbeit bei der Gummiinsel - Entstehung des Begriffs Gummiinsel - soz. Distanz/Ghetto 60er J. Ev. Kirchengemeinde bietet Spielkreis an	- Ausgrenzung von gesellschaftlicher Teilhabe - materiell - strukturell Stigma statt Identitätsbildung	- Fürsorge - Aufseher - Blockwart caritative Helfer/ Seelsorge	kaum vorhanden
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)	1970-80 Bezug der Westschule Entstehung der Hausaufgabenhilfe - defizitärer Ansatz: Entstehung der Arbeit vor Ort über das Diakonische Werk, bewußtes Gegensteuern von Ausgrenzung- - Freizeitangebote - Fußballclub - Frauengruppen	Motto: Chancengleichheit Lebenslage: Armut	niedrigschwellige Hilfe Situationsansatz Politisierung Randgruppenstrategie Bürgerinitiative	Provisorien sonderpädagogische Einrichtung vor Ort
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)	1986 Entstehung Fanfarenzug West (Siedlungsu. Weststadtbewohner), Außenkontakte 1989 Bezug Wilhelm Liebknecht Haus - adäquate Ausstattung "Arbeit vor Ort" Öffnung durch Fremdvermietung	- Spielstuben - Stadtteilstube - Bewohnerräte	Einmischung in - Verwaltungshandeln/ Politik Mieterräte Initiativgruppen Professionalisierung Differenzierung Kinder-/ Jugend-/ Erwachsenenarbeit Gruppenarbeit Gießener Arbeitskreis Soziale Brennpunkte Vernetzung	Beratungsbüros Spiel-Lernstuben Jugendclubs Gemeinschaftszentrum Vereinsheim für Sportverein
3. "Sozialplanung": GWA im Planungsprozeß (um 1990)	90er J. Öffnung zum Stadtteil Forderung von Siedlungsumbenennung von Bewohnern erneute Ausgrenzung wachsende Arbeitslosigkeit und Armut - mehr Einzelfallhilfe/Schuldnerberatung	Sanierungsbeirat Mieter-Mitbestimmung	- Anwalt der Betroffenen - Moderator unter den Beteiligten - Bündelung der Ergebnisse - Organisator der Lobby - Öffentlichkeitsarbeit	KITA/Hort Gemeinschaftshaus Schrotterplatz zentrale / dezentrale Dienstleistungseinrichtungen
4. Bilanz/ Perspektiven	Subjekt der GWA ist jedoch im Grunde das Gemeinwesen selbst, die sich organisierende Bevölkerung, "denn Emanzipation kann nicht zugeteilt werden".	Mitbestimmungsrechte realisieren - Wohnen - Arbeit - Bildung/Kultur	GWA nötiger denn je! Soviel Sozialer Brennpunkt wie nötig, sowenig wie möglich. Bearbeitung des Widerspruchs Überflüssig machen Grundversorgung absichern	

Wiesbaden: Wachsacker	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungs- entwicklung	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
0. "Ausgangslage" (50/60er Jahre)	- Errichtung von Schlichtbauten für Spätaussiedler - Gemeinschaftstoilette pro Stockwerk - Sehr beengte Wohnverhältnisse	- Nicht typische Stadtrandlage	- Hohe Arbeitslosigkeit	- Diskriminierung in Schule - Extrem hohe Sonderschulquote
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)	- Einbau wohnungseigener Toiletten - Immer noch sehr dichte Belegung	- 1. Konzept "Siedlung Sauerland" zur Auflösung des Mühlhals scheitert.	- Punktuelle Unterstützung bei Arbeitsplatzsuche	- Sonderschulquote bei 60-70% - Gründung der Schülerhilfe
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)	- offizieller Einweisungsstopp, der jedoch häufig unterlaufen wird	- Entscheidung, die Obdachlosensiedlungen in Wiesbaden aufzulösen	- Gründung eines eigenen Existenzsicherungsprojektes	- zurückgehende Sonderschulquoten - Ausweitung der Schülerarbeit - Zusammenarbeit mit Schulen
3. "Sozialplanung": GWA im Planungs- prozeß (um 1990)	- Außen- und Innensanierung der Siedlung - Entflechtung der Wohndichte - Mietverträge - Standard: Sozialer Wohnungsbau	- Stadtteilkonferenz beschäftigt sich mit der Planung "Neu-Sauerland" und der Verzahnung zwischen Alt- und Neu-Sauerland unter Beteiligung von Bewohnern des Brennpunktes und Sozialarbeitern.	- Die Entspannung auf dem Lehrstellenmarkt und die langjährige Hort- und Jugendarbeit führen zu einer spürbaren Verringerung der Arbeitslosigkeit.	- Sonderschulquote auf Durchschnittsniveau gesunken - Professionalisierung der Schülerhilfe
4. Bilanz/ Perspektiven	- Gute Wohnqualität bei niedrigen Mieten - Schrittweise Anhebung der Mieten, jedoch nicht auf das ortsübliche Durchschnittsniveau		- Orientierung zum freien Arbeitsmarkt - Weitgehende Chancengleichheit	- weitgehende Chancengleichheit - Zusammenarbeit mit neuen Schulmodellen

Wiesbaden: Wachsacker	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungs- entwicklung	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
0. "Ausgangslage " 50/60er Jahre	- Starke Isolation der Siedlung			
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)	- Starke Isolation der Siedlung - Erste Ansätze durch die Kirchengemeinde, etwas dagegen zu tun	- Erste Ansätze mit bescheidenen Erfolgen, z.B. bei der Kinderbetreuung	- erste Bewohnerversammlungen	- Gründung der Spiel- und Lernstube, z.T. mit ehrenamtlichen Kräften
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)	- Blütezeit von Bewohnerfesten und Bewohnerversammlungen - Bewohnerausflüge, Jugendfreizeiten - Bewohnerbefragungen	- Bewohnerversammlung und vor allem der Bewohnerrat erhalten Gewicht und Mitspracherecht bei Siedlungsfragen.	- regelmäßige Bewohnerversammlungen - Gründung des Bewohnerrates - Bewohnerbefragungen zur Wohnraumverteilung	- Professionalisierung der Kinder- und Jugendarbeit - eigenständige Erwachsenenarbeit
3. "Sozialplanung" GWA im Planungs- prozeß (um 1990)	- Integration wurde ein gutes Stück vorangetrieben. - Öffnung der Kinder- und Jugendarbeit für den Stadtteil	- Teilnahme von Bewohnern und Sozialpädagogen an der Stadtteilkonferenz	- Zurückgehendes Interesse nach erfolgreicher Sanierung - Zurückgehendes Interesse auch an Bewohnerfesten	- Entwicklung in Richtung Regeleinrichtung
4. Bilanz/ Perspektiven	- Weitgehende Integration ist vorgezeichnet. - Extrem günstiges Verhältnis zwischen Miethöhe und Wohnqualität führt teilweise zu Neid aus dem Umfeld.	- Mitarbeit von Bewohnern im Ortsbeirat oder Kirchenvorstand	- Wesentliche Forderungen wurden durchgesetzt. - Verzahnung zwischen Brennpunkt Alt-Sauerland und Neu-Sauerland	- Neubau in Neu-Sauerland mit Betreuungsangebot für Alt- und Neu-Sauerland

Wiesbaden: Frauensteiner Straße	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungs- entwicklung	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: - Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
0. "Ausgangslage " (50/60er Jahre)	- Bauschutthalde in der Peripherie - Mitte der 60er Jahre: Schlichtbauten (mit eigener Zapfstelle pro Haushalt), 75 Familien - Pfarrer knüpft Kontakte zur Gemeinde - "Mieterbeirat" "Kinder können so nicht leben"			
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)	- 1972/73 erste Sozialarbeiterstelle - 1972 Stadt hat Schlichtbauten an GeWeGe übergeben - die Haushalte bekamen Mietverträge. - wenig definiertes Ziel, wohin Verbesserung Ende 70er Jahre gehen soll. Belegungsstopp (in Wiesbaden, da Überbelegung)			
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)	Obdachlosensiedlungen sollen auf Standard Sozialen Wohnungsbaus saniert werden (Forderung an Wohnungsbaugesellschaft). Ende 1980: Sanierung, nur mit Bewohnern; Mietpreis"bindung"			
3. "Sozialplanung": GWA im Planungs- prozeß (um 1990)				
4. Bilanz/ Perspektiven	- Überbelegung angehen keine Fluktuation in der Frauensteinerstraße - keine Durchmischung Problem Wohnungsnot allgemein	Problemgebiet Schelmengraben - müssen/werden wir uns damit befassen?	-> Jugendliche, vor allem auch weibliche, in Arbeitsverhältnisse bringen (z.Zt. gute Bilanz bei männlichen Jugendlichen)	Schulen decken z.T. den Bedarf an schulischer Einzelhilfe ab; Entlastung für uns

Wiesbaden: Frauensteiner Straße	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungs- entwicklung	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Bar- rieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglich- keiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozia- ler Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen So- zialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
0. "Ausgangslage " (50/60er Jahre)				
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)				1972/3 Eine Sozialarbeiterstelle 1976 ehemalige Baubaracke als "Sozialzentrum" Frauenarbeit
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)				
3. "Sozialplanung": GWA im Planungs- prozeß (um 1990)				
4. Bilanz/ Perspektiven	Allgemeines Problem Schelmengraben: Siedlung droht zu verslumen - konkret: Übergabe unserer Kinderarbeit in die Kita Schelmengraben - gemeinsame Kinderfreizeit mit der kath. Kirchen- gemeinde	Bildungsarbeit im Jugend- und Erwachsenenbereich	GWA in den Schelmengraben einbringen; unser Know-how -> GWA, stadteilorientiert	- Neubau des Sozialzentrums - Abgabe der Kinderarbeit in Regeleinrichtung im Schelmengraben - Sozialzentrum vor Ort im kleineren Rahmen

Offenbach: Eschig	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungs- entwicklung	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigten - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
0. "Ausgangslage " (50/60er Jahre)	Baracken Obdachlose Flüchtlinge		Arbeitslosigkeit Sozialhilfe Schrottler ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse wenig Arbeiter	Zusammenarbeit mit Friedrich-Ebert-Schule wurde Ende der 50er Jahre begonnen. hoher Sonderschulanteil
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)	Holzhäuser und sozialer Wohnungsbau	oberflächliche Verbesserung Randlage mit Anschluß		seit 1972 Eingangsstufe und Nachmittagsbetreuung in der Friedrich-Ebert-Schule
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)	Sanierung durch Gemeinnützige Baugesellschaft Offenbach (GBO); es gibt noch zwei Schlichtbauten	- bedingter Einweisungsstopp - Industrierweiterung - Mischgebiet - Buslinie - keine Geschäfte	Erste Ideen für Arbeitsprogramme wenig realisiert.	Zusammenarbeit mit Grundschule, weniger mit Gesamtschule. Gesamtschule arbeitet nicht brennpunkt-orientiert; Lehrer sperren Sozialarbeit aus. - <u>schwierige Kooperation</u>
3. "Sozialplanung": GWA im Planungs- prozeß (um 1990)		- Entscheidung für Wohngebiet - Übereignung an GBO - Restgröße: Schlichtbauten - Bau von Sportstätten	Kooperation mit GOAB in Brennpunktprojekten -> Spielplatz	
4. Bilanz/ Perspektiven	Wohnen okay, bis auf zwei Wohnblocks	Städtebaulich "Torso" (Lohwald) Anschluß S-Bahn?	Fast alle Jugendliche (auch Mädchen) haben Lehrstellen.	Neues hessisches Schulgesetz Öffnung der Schulen

Offenbach: Eschig	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungsentwicklung	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
0. "Ausgangslage " (50/60er Jahre)				
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)	Sportverein: FC Eschig & FC Jogy - Jugendmannschaft - Majoretten	- alte Sprecher der Bewohner z.B. Hannes Wenzel - kein Mieterrat		
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)	Öffentlichkeitsarbeit <u>negativ</u> : - Defizite <u>positiv</u> : - Feste - Sanierung - Musik, Tanz - Theater im Jugendhaus Kooperation unter den Jugendbegegnungsstätten	Bewohnerrat		
3. "Sozialplanung": GWA im Planungsprozess (um 1990)				
4. Bilanz/ Perspektiven	Bewohner haben Probleme auf andere zuzugehen, aber Öffnung deutet sich an.			

Ffm NWS: Soz.-Gruppenarbeit/ Caritasverband	A. Wohnen	B. Stadtentwicklung	C. Arbeit	D. Bildung
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungsentwicklung	Auseinandersetzung um menschenwürdige Wohnverhältnisse - Einweisungsstopp in die bestehenden Obdachlosenquartiere - Entflechtung der Wohndichte - Bereitstellung bezahlbarer gesunder Wohnungen in- und außerhalb der Siedlungen	Einbeziehung Sozialer Brennpunkte in die kommunale Stadtentwicklungsplanung: - Offensive zur Schaffung von Infrastruktureinrichtungen vor Ort	Eintreten für ausreichende Ausbildungs- und Arbeitsplätze: - Tarifentlohnte Arbeitsangebote für Sozialhilfeberechtigte - Soziale Absicherung durch bedarfsgerechte Sozialleistungen und Maßnahmen zur Existenzsicherung	Forderungen an Schulen und Bildungseinrichtungen: Herstellung von Chancengleichheit für Kinder und Jugendliche aus Sozialen Brennpunkten
0. "Ausgangslage" (50/60er Jahre)	Neubaugebiet; Fertigstellung Mitte der 60er Jahre; keinerlei Schlichtbauten; alles Soz. Wohnungsbau oder besser; ca. 8.000 Wohneinheiten, davon 1.192 für Wohnungsnotstände (Land), 2126 für Notstände (zentrales Programm Gemeinde); 80% der Bewohner der Nordweststadt stammen aus Frankfurt.	Soziale Infrastruktur bei der Planung gleich mitgeplant, wenn auch teils erst 1-2 Jahre später fertig. Verkehrsanbindungen o.k.; mehrere zentrale Einkaufszentren, Ärztehaus, Sozialstation, aber: Keine Läden an der Ecke. Isolierung einzelner Häuserblocks, weil komplett mit "Problemgruppen" (z.B. Alleinerziehende) belegt.		Soziale Gruppenarbeit entstand offiziell 1975; Ende der 60er gab es aber eine Initiative der Gemeinde: Schularbeitenhilfe für sozial schwache Familien.
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)				Soziale Gruppenarbeit als offizielle Einrichtung des Caritasverbandes seit 1975: Hausaufgabenhilfe, Spiel- und Freizeitangebote für Kinder und Eltern, thematische Elternabende (z.B. "Wie teile ich die Sozialhilfe ein, um über den Monat zu kommen?")
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)	Viele der "Problemhäuser" bedürfen der Sanierung; von außen erfolgt, von innen oft nur im sichtbaren Eingangsbereich	Spielplätze sind häufig große "Katzenklos". Teilweise werden die Spielplätze modernisiert, teils nicht.	Lehrerkooperative und zeitweilig wir: Deutsch-Kurse für Frauen. Im Caritasverband wird ein Arbeitsprojekt zur Wiedereingliederung (Laden "Groß und Klein") installiert.	Durch eine Verschiebung des Klientels - ehemals viele Deutsche, jetzt viele Ausländer - Verschiebung des Arbeitsschwerpunktes.
3. "Sozialplanung": GWA im Planungsprozeß (um 1990)	Mittlerweile viele Wohnungen hoffnungslos überbelegt und überteuert. Oft "illegale" marokkanische oder türkische Angehörige da. Deshalb keine Möglichkeit größere Wohnungen zu beantragen.		Das Arbeitsprojekt wird 1992 wieder aufgelöst.	Deutschkurs für Frauen, Frauencafe, schulische und Freizeitangebote für Kinder. Rege Lehrerkontakte, hineinwirken in die Schule in punkto Verständnis für den Umgang mit unserem Klientel
4. Bilanz/ Perspektiven	- Schaffung von sozialem Wohnraum - Abbau von Überbelegungen - Akzeptables Mietniveau schaffen	GWA muß installiert werden - Erbauung schöner Spielplätze - Jugendzentren - Lückekinder-Versorgung	- Ausbildungsplätze für Jugendliche ohne Schulabschluß oder mit mehrjähriger Arbeitslosenerfahrung schaffen	Unbedingt hin zu einer Ganztagsbetreuung; Regelplätze fehlen. Hin zu echter Chancengleichheit, weg von weiterer Stigmatisierung.

Ffm NWS: Soz.-Gruppenarbeit/ Caritasverband	E. Integration	F. Partizipation	G. Gemeinwesenarbeit	H. Sozialzentren
Ziele der GWA/ Siedlungsentwicklung Phasen der Siedlungsentwicklung	Initiativen gegen Vorurteile und Diskriminierung - Aufbrechen von sozialen und räumlichen Barrieren von innen und außen	Einforderung von politischen Beteiligungsmöglichkeiten: - Mitbestimmungsformen für BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Teilnahme durch Bildungsarbeit mit Jugendlichen und Erwachsenen	Absicherung der Gemeinwesenarbeit: - anwaltliche Unterstützung der BewohnerInnen Sozialer Brennpunkte - Niedrigschwelligkeit der Unterstützungsangebote - "Hilfe zur Selbsthilfe"	Forderungen nach Gemeinschaftseinrichtungen: - Sozialzentrum im Sozialen Brennpunkt - Kinderbetreuung - dezentrale Jugendarbeit - Beratungseinrichtungen
0. "Ausgangslage" (50/60er Jahre)	Enge Verbindung zur Kirchengemeinde	Es gibt keine GWA in der Nordweststadt. Das Bewußtsein, im Brennpunkt zu leben, ist nicht da.		
1. "Aufbruch": Sozialarbeit/ GWA vor Ort (um 1970)	Ständiges Ringen um Akzeptanz in der Kirchengemeinde und der Nordweststadt überhaupt, gemeinsame Festgestaltung etc.	Es gibt auch tatsächlich eine Mischung von verschiedenen Bevölkerungsschichten: Einige Bungalows, mehrere Reihenhäuser, deren Bewohner mittlerweile der gehobenen Mittelschicht angehören, und "Postler"-Wohnungen, Polizei-Wohnungen sowie Sozialwohnungen. - Kein "Gruppenbewußtsein" - Wenig Selbstachtung sozial Schwacher		
2. "Konsolidierung" des GWA-Ansatzes (um 1980)	Öffnung der Gruppen auch für "normale" Kinder. Ferienspiele offen für alle Kinder.	- Bewohnerbeteiligung fehlt völlig, ist aber in jetzt bestehenden Strukturen auch nicht vorgesehen. (Großes Problem!)		Forderung nach Sozialzentren kommt immer wieder mal (nur von den Profis im psychosozialen Arbeitskreis/ dort keine Bewohnerbeteiligung) aber bislang ohne konkrete Versuche oder Erfolge.
3. "Sozialplanung": GWA im Planungsprozeß (um 1990)	Langsame Durchmischung der Gruppen mit der Gefahr der Ausgrenzung der Armutsbevölkerung			
4. Bilanz/ Perspektiven	Durch Regelcharakter der Einrichtung auch integrierte Wirkung (Hoffentlich!)	- Installierung der GWA - Erreichung einer Identifikation - Befähigung zu selbstbewußtem Handeln - neue, sinnvolle Trägerstrukturen für GWA schaffen - Bewohnerbeteiligung		